

# Nach 13 Jahren

Wenn das deutsche Proletariat die Verlogenheit der sozialdemokratischen Phrase „Die Demokratie führt euch zum Sozialismus“ zu erkennen beginnt, wenn an Hand der Tatsachen des sozialrevolutionären Wesens der russischen Revolution und parlamentarischen Politik sich vor den Augen der Arbeiterklasse entlarvt, und die Arbeiter in hellen Scharen sich anschließen, die Zwangsacke einer von der Geschichte überholten Denkweise abzustreifen, dann kommen sie in eine Weststrecke, in die der Tradition der russischen Revolution wie eisiger Herbstnebel von neuem auf ihre Hirne fällt.

Wohlverstanden: bis zu jener Grenze, wo der revolutionäre Klassenkampf in Rußland von den Staatsnotwendigkeiten kapitalistischer Welt, wird die kühne Tat der russischen Bolschewiki wie eine Brandfackel dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt auf seinem dornenvollen Wege voranleuchten. Wo aber faulhafter Glaube zum Leisten proletarischer Klassenpolitik erhoben wird, wo eine geschichtliche Tradition tagtäglich dazu herabgewürdigt wird, die reale Wirklichkeit dem Proletariat zu verschleiern, da muß das revolutionäre Proletariat alles daransetzen, den Gedanken des internationalen Klassenkampfes hochzuhalten.

In diesem Sinne haben sich die Proletarier der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union kühn entschlossen, allen Manövern der Moskauer Staatsbürokratie in Gestalt der von ihr ausgeschalteten deutschen Boten der KPD, entgegenzuwirken. Wiederholt wurde an Hand der russischen Presse in den Spalten dieser Zeitung der „sozialistische“ Aufbau von „Arbeiter Vaterland“ und das Los der proletarischen Klasse in Rußland dargestellt und die verlogene Theorie vom Sozialismus „in einem Lande“ gezeilt. Wir haben den Proletariaten zu unzähligen Malen nachgewiesen, daß die russischen Fortschritte eines wirtschaftlichen Aufbaus als Fortschritte im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft gewertet werden müssen. Der Bauer der russischen Regierung gegen Proletariat, die sich noch ein eigenes Denken erlaubt haben, zeigt nur den Zwang der kapitalistischen Staatsnotwendigkeiten wieder, die aufblühenden Klassen-gesetzte niederzuhalten, damit der Aufbau der russischen kapitalistischen Wirtschaft nicht gefährdet wird.

Die zahllosen Arbeiterdelegationen haben dem elenden Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse lobenswürdig den Lebensstandard der russischen Arbeiterklasse gegenübergestellt. Wer ihnen Glauben schenkte, dem müßten ihre Schilderungen über das Los der Gefängnisinsassen und der Verbannten geradezu als paradiesisch erscheinen. Und der kulturelle Stand des russischen Proletariats hat nach den Berichten dieser Arbeiterdelegationen ein Niveau erreicht, das zu erklären dem westeuropäischen Durchschnittsarbeiter als leuchtendes Beispiel erscheinen muß.

Nun veröffentlicht der „Syndikalist“, Nr. 46, eine Reihe von Briefen von proletarischen Gefangenen aus den Kerkern und Verbanntensorten des großen Reiches der Stalinisten. Wegen Raumknappheit können wir unseren Lesern nur einige zur Kenntnis geben, deren Inhalt unsere Beurteilung der russischen Frage voll und ganz rechtfertigt. Im Gegensatz zum „Syndikalist“ bemerken wir noch, daß die russischen Proletariaten, die in den Kerkern und in der Verbannung gefoltert werden, mit einer zentralistischen Organisation der russischen Staatstruppen allein nicht gedient ist, sondern der Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Aufrichtung der Proletariatsdiktatur erst den russischen Proletariaten Erlösung aus ihren Qualen bringen wird.

Wir zitieren „Syndikalist“:

**„Stimmen lebendiger Bekämpfer.“**

Wir waren sehr froh, eure Briefe und das Geld zu erhalten. Für uns ist das nicht nur eine materielle, sondern auch eine moralische Hilfe. Wir durchleben jetzt eine sehr schwere Zeit. Die GPU, diese neuen Methoden, um uns das Leben unerträglich zu machen. Jetzt verfolgen sie uns systematisch mit der Forderung, wir sollen an die Regierung schreiben und unsere Ideen widerrufen. Sie haben schon Loyaltätserklärungen von uns verlangt, wir unterschreiben sollen. Einmal haben es getan, da sie unfähig waren, das Elend und die Mätern länger zu ertragen. Aber es gibt auch manche, deren Geist trotz allem stark bleibt und die es ablehnen, ihre Ideale zu verraten. Ich euch keine besseren Nachrichten schreiben kann, aber wozu sollten wir unsere Laxe verheimlichen? Manche würden hier kaum wiedererkennen. Wir sind nur noch die Schatten der Menschen, die ihr erkannt habt, fast alle sind nicht mehr da. Wenn ich mich sehen könnte, würdet ihr mich nicht erkennen. Ich kann nur noch mit einem starken Stock gehen, meine Fäße sind seit 1927 teilweise gelähmt, und jetzt wird meine Rechte Hand auch sehr schlecht. Ich habe meine Hände sehr schlecht, das schlimmste ist, daß ich schlaflos bin, daß ich gerade die rechte Hand brauche, denn ich bin Zimmermann. Wie soll ich ohne sie arbeiten? ...

Endlich komme ich herunter von der Solowetzki-Insel und beziele mich, euch ein paar Zeilen zu senden. Zuerst möchte ich euch für die Hilfe danken, die wir von euch bekommen haben, zugleich im Namen all unserer Leute in dieser eisigen Hölle. Jedemal, wenn wir Geld bekamen, schrieb ich eine Bestätigung. Aber alle meine Briefe wurden mir zurückgegeben. Viele Kameraden sind noch auf den Solowetzki-Inseln, auch A. Wie es ihnen geht, wißt ihr selbst, besonders A. Gesundheit läßt zu wünschen übrig, aber er läßt noch anderen Mut ein mit seinem heiteren Geist. Ich habe das bekommen, was man „minus“ nennt, d. h. daß es mir verboten ist, in einer der sechs größten Städte (Moskau, Leningrad, Kiew, Baku, Odessa, Charkow) zu leben. Ihr wißt, wie schwer es ist, in den kleineren Städten Arbeit zu finden, aber ich habe glücklicherweise eine Gelegenheitsarbeit bekommen. Es ist nur vorübergehend, ich arbeite als Hafenanarbeiter und trage schwere Lasten. Jedoch bin ich froh, wenigstens das bekommen zu haben. Meine größte Sorge ist meine Familie, bestehend aus meiner Frau und drei Kindern. Meine Frau arbeitet, verdient aber sehr wenig. Sie bekommt 40 Rubel im Monat, davon muß sie 15 Rubel Miete ohne Heizung bezahlen. Dann sehen noch die Abgaben für Kostenträger ab. Es bleibt sehr wenig, und ich verdiene gerade genug für mich selbst. Ich sende euch Grüße von allen Kameraden, die auf der Insel geblieben sind.

Ich bin gerade per Sobab in meinem Verbanntensort in Naryn angekommen. Wir waren einen ganzen Monat unterwegs. Als schwache Frau wird ich unterwegs krank. Die Begleitmannschaft ließ mich zurück, zusammen mit einem anderen kranken Gefangenen wurde ich den Ortsbehörden eines kleinen Dorfes übergeben, durch das wir kamen. Alle sieben oder acht Kilometer wurden wir anderen Behörden übergeben und in jedem Ort sagte man uns, daß es keine Pferde gebe, um unsere Reise fortzusetzen. Die Tiere waren allerdings erbärmlich anzusehen, man konnte alle Rippen zählen, sie waren halbtot von der Feldarbeit und erbärmlich gelähmt. In jedem Dorf fürchtete die Fischer, daß die armen Tiere nicht den nächsten Wechselplatz erreichen würden. Das waren die „Kollektivwirtschaften“, und überall Hunger und Not. Auf dem Wege kamen wir nur Karotteln, weil die Bauern uns weder Brot noch Milch verkaufen konnten. Sie hatten selbst nichts. Jetzt bin ich hier in Naryn, und die Erinnerung an die schrecklichen und herzzerreißenden Szenen, die ich auf dem Wege sah, läßt mich mein eigenes Los vergessen. Wir müssen euch leider mitteilen, daß die Bedingungen

im Werchne-Uralischen politischen Gefängnis immer schlimmer werden. Kürzlich wurden die politischen Gefangenen dort zur Strafe mit kaltem Wasser überkössen, und es war noch strenger Winter. Unser Freund M. schreibt, wir sollen ihm gratulieren: er hat sein zehntes Jahr in Sowjetgefängnissen vollendet! ...

### Die Lebensbedingungen in Rußland.

In den letzten Jahren habe ich Gelegenheit gehabt, das Leben der Bauern, besonders in Sibirien kennenzulernen. Meine Eindrücke sind sehr schlecht. Die ältesten Leute und ein Teil der Jugend gehen regelmäßig zur Kirche, jedoch bringen die meisten längere Zeit in den Klubs zu. Die letzteren dienen jedoch keineswegs als Erziehungsstätten: es wird dort wenig gelesen oder studiert. Es sind Orte, wo die Burschen und Mädchen miteinander bekannt werden spielen und flirten. An kirchlichen Feiertagen ist das ganze Dorf betrunken. So feiern man eben. Wenn sie nicht trunken sind, leben sie in beständiger Erwartung. Worauf warten sie? Ihr müßt es für unglücklich halten, aber es ist eine traurige Tatsache, daß sie fest an das baldige Kommen des Antichrist glauben! Männer und Frauen kommen fast jeden Tag zu uns und fragen über das Kommen des Antichrist, weil sie glauben, daß die „Intellektuellen“, wie sie uns nennen, genau Bescheld werden und nur das „linstere Volk“ in Unkenntnis darüber halten. Kein Argwohn verleiht. „Wie“, sagen sie, „gab es eine Zeit, wo es in unserem reichen Sibirien an Getreide oder an Fleisch fehlte. Es ist das Werk des Antichrist, der uns in die Kollektivwirtschaften treibt, wir müssen alle vor Hunger sterben und dann wird der Antichrist selbst kommen.“ Hierbei ist das Kommen des Antichrist ziemlich zweifelhaft, aber daß es kein Getreide und kein Fleisch gibt, das ist bittere Wahrheit. Die Kollektivwirtschaften nehmen es durch Zwangsarbeit. Die Bauern müssen einbringen und ihr Vieh und Inventar einbringen. Es muß hart für die Bauern sein, das alles mit anzusehen, aber wer den untertänigen Geist der „Muschiks“ kennt, weiß, daß man ein Teil an seiner Haut freisetzen kann, wie man hier sagt. Indessen kommt in manchen Orten ein immer stärker werdender Rebellionsgeist auf, aber das ist mehr im Westen. Das sind sogar schon rote Aufstände gewesen. Jedoch ist die Revolution nicht mit eiserner Faust unterdrückt worden. Es ist schrecklich und unglücklich, bis zu welchem Grade das geschieht ist.

Hier in Mittelrußland hat die Zentralisierung immer ihren Gipfel erreicht und die Resultate sind furchtbar. Die Hand des Diktators ist überall, und seine lausende Hand ist bei jedem Einwohner. Die politischen Gefangenen, die hierher in die Verbannung geschickt werden, können nie froh werden. Nachdem ihre Gefängniszeit um ist, bekommen sie einen „gelben Schein“, von dem sie ihr ganzes Leben lang nicht loskommen.

K. hat gearbeitet, aber neulich wurde er hinausgeworfen. Als früherer Verbannter ist er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wo er 12 Jahre Mitglied gewesen war. Wenn er einmal aus dem Gefängnis entlassen wird, so wird er als „Lischene“ als aller politischer und anderer Rechte beraubt, keine Arbeit mehr. Als ob das noch nicht genug wäre, nehmen sie ihm jetzt noch seine Wohnung, Er und seine Familie werden in die Stadt verbannt, denn sie können sich nichts bekommen. Aber in einer anderen Stadt sind die Augen des Diktators auch überall, — was soll aus unserem Freund werden? Er ist am „Lischene“ gebrandmarkt, was dasselbe „Kulak“ ist. Seine Kinder werden zu Märtynern. Seine älteste Tochter wurde kürzlich aus der Universität gejagt, obwohl sie bereits das letzte Jahr dort war. Nur deshalb weil ihr Vater ein „Lischene“ ist. Der zweite Sohn wurde in der Universität als Tochter eines Proletariats betrachtet, plötzlich im vierten Jahre, bekommt sie den Stempel „Kulak“, weil ihr Vater bei dem Regime in Ungnade gefallen ist. Ich könnte euch noch von vielen ähnlichen Fällen schreiben, wenn das Papier nicht so knapp wäre. Besonders charakteristisch ist das Schicksal unserer Kameraden C. Ihr wißt, daß er einer von der alten Revolution ist, ein Revolutionär mit einer reichen Vergangenheit, auch mit Gefängnis und Verbannung in der Zeit der Romanows. Noch mehr, er ist der Sohn und der Enkel von Arbeitern und hat selbst seit seiner Kindheit gearbeitet. Kurz vor dem Krieg war er ein sozialdemokratischer Arbeiter, kurz vor dem Krieg war er ein sozialdemokratischer Arbeiter. Vor nicht langer Zeit wurde er aus unbekanntem Grund verhaftet und nach dem letzten Norden verbannt. Seine Frau und seine zwei Kinder blieben ohne Nahrung, bis ein Revolutionär sie in der Stadt fand. Die servile Gewerkschaft, der C. angehört, in der er sogar von den Arbeitern mehr als Exekutivkomitee gewählt wurde, schloß ihn als Politischen aus. So wurde er offiziell ein „Lischene“. Dann wurde die Kache auch auf den Familie erstreckt. Seine Tochter A. die erst 5 Jahre alt ist, wurde aus der Schule gewiesen, als Kind eines „Lischene“.

### Der österreichische Faschismus

Das ist der Sozialdemokratismus.

Osterreich ist — und zwar nicht seit heute und gestern — zweifellos in voller Umwandlung zum Faschismus nach dem System Mussolini. Das erkennt und anerkennt seit Monaten die österreichische Arbeiterbewegung, die entworfenen Monarchien und ein nicht unbedeutendes intellektuelles Proletariat bewahren sich und provozieren die Arbeiter immer treuer unter dem Schutz der „Wehrmänner“, d. h. des legalen staatlichen Militarismus unter dem Mussolini-Faschisten Vangoin. Auch über diesen Vangoin tobt die sozialdemokratische Presse, handelt von lebendigen Gottesbein, als über den Reaktor und Bluthund der er wirklich ist. Wer nun die Werkzeuge dieses Faschismus sind, die die illegalen bewaffneten Faschistentruppen bewachen und die die Proleten niederknien, darüber lassen wir am besten — um jeden Zweifel auszuschließen — den Vorwärts berichten, der am 15. November einen Eigenbericht seines Wiener Korrespondenten vom 14. November über die Nationalratswahlen bringt:

„Von 6682 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Davon erwählten die Sozialdemokraten 2111 Stimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schober-Block 480, der Heimatsblock 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen.“

„Die Sozialdemokraten die anderen Parteien an in den Kasernen überlegen.“

Also: Am Aufbau des Faschismus arbeiten 461 Hakenkreuzer und 4550 oder zehnmal soviel Schwarze und „Rote“. Das ist die Sozialdemokratie, die die Sozialdemokratie in den Sattel hilft, das hat jeder denkende Arbeiter auch schon bisher gesehen. Jetzt aber bestätigt es die Sozialdemokratie schwarz auf weiß. Und das sollte für die Denkfabrik nicht was bedeuten.

### Aus der Wirtschaft

#### Das ist der Preisabbau

Produktionseinschränkung zwecks Preissteigerung.

Das Kupferkartell hat „zur Stützung der Kupferpreise“ eine Einschränkung der Produktion um monatlich 20.000 Tonnen, also jährlich 240.000 Tonnen angeordnet. Da der Weltverbrauch die Kupferproduktion der ganzen Welt sind in dem Kartell — im Jahre 1929 etwa 1,75 Millionen Tonnen betrug, in diesem Jahre aber sicher viel weniger — bedeutet das eine Einschränkung um rund 20 Prozent. Die Kupferpreise sind dem auch plötzlich von 9,5 auf 13 Cts., also um mehr als 30 Prozent, hinaufgeschmetzt. Kupfer als Rohstoff der Elektrowirtschaft ist ein ausschlaggebender Preisregulator für die gesamte Weltwirtschaft.

Die Mansfeld AG, der maßgebende deutsche Kupferproduzent, droht ihre Betriebe einzustellen und die 12.000 Arbeiter zu entlassen, falls sie die Preise abbauen muß und keine Staatshilfe erhält.

#### Wer Preise abbaut, wird bestraft.

Der Zigarrenhändler Rudolf Bergmann, Berlin, Rosenhaller Straße 10, hatte den Schmus von Preisabbau ernst genommen und u. a. seine Zigarettenpreise um etwa 10 Proz. herabgesetzt. Dafür wurde er von einem Gericht der Kammergerichts bei ihm durch Zwangsvollstreckung erobert!

Kläger ist die Preisstützstelle der Zigarettenfabrikanten, d. h. des Reemtsma-Neuerburg-Konzerns, der etwa 80 Prozent der deutschen Zigarettenproduktion besitzt. Von diesem wurde dem Händler gesagt, er könne prozessieren, so lange er wolle, er verliere doch. Die Zigarettenfabrikanten hielten länger aus und würden ihn ruinieren. — Die Kapitalisten kennen ihre Gerichte und ihre Republik, und wissen, wie der Preisabbau der Regierung und ihrer Gewerkschaften gemeint ist.

Das sind nur zwei Fälle, die augenscheinlich sind. So verhält es sich mit dem ganzen Preisabbau, das vom die Aufstände gewesen. Jedoch ist die Revolution nicht mit eiserner Faust unterdrückt worden. Es ist schrecklich und unglücklich, bis zu welchem Grade das geschieht ist.

#### 12 Prozent Lohnabbau in Italien

Der faschistische Ministerrat hat ein Gesetz angenommen, das ab 1. Dezember die Gehälter sämtlicher Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter des Staates und aller öffentlichen Körperschaften und halbstaatlichen Gesellschaften um 12 Prozent kürzt. Von dieser Kürzung werden ebenfalls die Familien-, Teuerungs- und sonstigen Zulagen betroffen.

Der Ministerrat begründete diese Maßnahme damit, daß die Löhne fast aller Arbeiterkategorien in den letzten Monaten eine erhebliche Kürzung erfahren haben.

Die internationale Krise, die auch vor Italien nicht halt gemacht hat, zwingt auch den Faschismus, den Lohnstand der internationalen Massen herabzuwürdigen. Der wachsende soziale Gegensatz wird auch wieder das Erwachen des italienischen Proletariats und somit die Götterdämmerung für das faschistische Regime bringen.

Die neuesten amtlichen Ziffern über die Arbeitslosigkeit in Italien weisen im Vergleich zu den Ziffern des Monats September eine starke Steigerung auf. Vom 30. September bis zum 31. Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 42.000 auf 310.000 gestiegen. Die wöchentliche Zahl der Arbeitslosen ist auch in Italien weit höher und übersteigt die der Millionen. Von den 447.000 amtlich gemeldeten Arbeitslosen erhalten nur 150.000 Unterstützung.

#### Schiedsspruch für die Stettiner Metallarbeiter

Für die Stettiner Metallindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 2 bis 4 Prozent die Stunden geizt, der nicht angestraft wird, daß es außer Kraft tritt. 1. Dezember vorsicht. Auch der Mantelriß sieht Verschlechterungen zu. Das neue Lohnabkommen kann erstmalig am 30. Juni 1931 gekündigt werden.

So wütet jetzt überall die Schlichtungsmaschine.

#### Die Frankfurter Metallindustriellen kündigen ebenfalls

Der Verband der Metallindustriellen für das Gebiet Frankfurt a. M. hat ebenfalls den Lohnabbau für das dortige Gebiet zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Wie überall, so fordern auch hier die Metallindustriellen einen Lohnabbau und zwar von 15 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1931.

#### Organisatorische Mitteilungen

##### Groß-Berlin

- Versammlungsankündigungen:
- 3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplagatstr. 24.
  - 6. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Rebe, Gilsenerstraße 88.
  - 14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchholzstr. 5.
  - 15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Janke, Niederstraße 10, Bismarckstr. 3.
  - 17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Güterstr. 38.

##### Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt.

##### Reich

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

##### Ortsgruppe Weißeneis.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herabgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz. Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdorff, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 48

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 29. November 1930

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, N. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

## „Das geschieht Euch recht!“

Im Kriege leckten die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften dem Generalfeldmarschall Hindenburg die Stiefel. Heute locken sie dem Reichspräsidenten Hindenburg die Stiefel. Sie möchten das immer noch ein bisschen anonym machen, möchten ihre jämmerliche Rolle ein bisschen verschleiern. Aber es gibt kein Pardon mehr. Die Hände dürften das Wild zur Strecke bringen, nachdem heißt es: „Kusch!“

Das Geschwätz von der „Schaffung von Kaufkraft“ durch Lohnerhöhung ist abgelöst worden durch Lohnabbau mit Hilfe des sozialdemokratischen Herrn Sinzheimer. Der Mann tat das — im Auftrage seiner Partei — um „noch schlimmeres zu verhindern.“ Aber er tat es. Die Kapitalisten brauchen in Zukunft nur immer „viel schlimmeres“ fordern, als sie wirklich beabsichtigen, und prompt werden die Wünsche erfüllt. Hündisch — dumme Klaffen die Bonzen den Betrag von dem „Preisabbau“ nach, trotzdem sich ihre Steuerpolitik erst richtig auswirken wird. Sie wollten immer noch ablenken, indem sie den Lohn ihrer Auftraggeber aufreißten, bis sie endlich ein Ende. Nun hat auch dieses Manöver ein Ende.

Die Stadt Berlin ist wieder einmal bankrott. Das demokratische Wasser ist bis auf den letzten Tropfen verdunstet. Die „Notverordnungen“ Brünings verlangen noch größere „Sparsamkeit“. So groß, daß sich die Stadtväter ein wenig rurseln. Die Wallgänger sind noch in frischer Erinnerung. Man sprach bezüglich des „Preisabbaus“ auch von der Herabsetzung der städtischen Tarife, davon, daß die Stadt als Arbeitgeber doch den Anfang machen müsse. Was nun?

Ganz einfach! Wozu hat man denn eine Preußenregierung, diese demokratische Fahrt in der faschistischen Brandung! Wozu einen Severing, der einen Staatskommis einsetzen kann! Das ist Hilfe für die Brüningsregierung! Wo! Der sozialdemokratische Pressechef hat im Rundfunk bekanntgegeben, daß das heute so der Brauch ist, und daß das Verwaltungsrecht der Stadt Berlin dadurch nicht angestastet wird, daß es außer Kraft tritt. Und dem Mann hat in der Tat Recht. Dieser Pfänder von demokratischem Schein hatte nie einen praktischen Wert. Ob der vor der Bühne des Theaters hängt, oder auf dem demokratischen Misthaufen liegt, ist Jacke wie Hose. Der ist nur dazu da, damit die Proleten bei Wahlen sich die Schädel gegenseitig auf einhauen. Das haben sie immer redlich getan. Aus!

Dieser Staats- und Sparkommiss tritt sein Amt just in dem Augenblick an, wo die Arbeitslosenwelt offiziell die Zahl 3,5 Millionen anzeigt. Wir brauchen nicht zu erläutern, daß hinter diesen 3,5 Millionen mindestens die doppelte Zahl unregistrierter und Angehöriger der Registrierten stehen, die mit den „Hauptunterstützungsempfängern“ hungern und verhungern. Demen soll der Sparkommiss ein bisschen rascher das Gas abdrücken. Wohlerstanden; die SPD, und Gewerkschaften haben den Mann nicht gerufen. Das hat Severing gemacht, und er erfüllt seine Pflicht als Minister, wie Sinzheimer seiner Pflicht als Schlichter erfüllte. Sinzheimer konnte man — um dem Pöbel einen Sündenbock zu opfern — im Einverständnis mit dem Sündenbock in die Wüste jagen. Was fragt ein Kerl wie Sinzheimer nach dem „Geschrei von der Straße“. Bei Severing kann man das nicht. Der Mann ist der rechte Arm der Preußenregierung, und diese ist wieder gezwungen, selbst zu „notverordnen“, weil sonst Brünning das tut. Und die Brünings-Regierung ist doch auch nur ein „kleines“ Uebel, ein viel größeres lanert im Hintergrunde! Ein viel größeres!

Diese Verhöhnung der niedergetrampelten Lohnklassen von Seiten „ihrer“ Organisationen wird nämlich gar nicht mehr anerkannt. Den kapitalistischen Blutsaugern droht ihr eigener Schlamassel über den Kopf zu wachsen. Auf die „Unterstützung“ der Sozialdemokratie haben diese Herrschaften ja schon immer gepfiffen, weil sie wissen, daß die Bonzokratie vor dem Proletariat eine

solche Heidenangst hat, daß sie in Zeiten der Krise noch fanatischer ihren Futtertrog — diesen Staat — verteidigen wie die Kapitalisten selbst. Aber sie wollen auch den mehr mitmachen, wollen ihre Pläne nicht gehemmt sehen durch das sozialdemokratische Geschwätz. Die Hitlerleute drängen in die Demokratie, und wozu also noch diese

„Kusch!“

Das Geschwätz von der „Schaffung von Kaufkraft“ durch Lohnerhöhung ist abgelöst worden durch Lohnabbau mit Hilfe des sozialdemokratischen Herrn Sinzheimer. Der Mann tat das — im Auftrage seiner Partei — um „noch schlimmeres zu verhindern.“ Aber er tat es. Die Kapitalisten brauchen in Zukunft nur immer „viel schlimmeres“ fordern, als sie wirklich beabsichtigen, und prompt werden die Wünsche erfüllt. Hündisch — dumme Klaffen die Bonzen den Betrag von dem „Preisabbau“ nach, trotzdem sich ihre Steuerpolitik erst richtig auswirken wird. Sie wollten immer noch ablenken, indem sie den Lohn ihrer Auftraggeber aufreißten, bis sie endlich ein Ende. Nun hat auch dieses Manöver ein Ende.

Die Stadt Berlin ist wieder einmal bankrott. Das demokratische Wasser ist bis auf den letzten Tropfen verdunstet. Die „Notverordnungen“ Brünings verlangen noch größere „Sparsamkeit“. So groß, daß sich die Stadtväter ein wenig rurseln. Die Wallgänger sind noch in frischer Erinnerung. Man sprach bezüglich des „Preisabbaus“ auch von der Herabsetzung der städtischen Tarife, davon, daß die Stadt als Arbeitgeber doch den Anfang machen müsse. Was nun?

Ganz einfach! Wozu hat man denn eine Preußenregierung, diese demokratische Fahrt in der faschistischen Brandung! Wozu einen Severing, der einen Staatskommis einsetzen kann! Das ist Hilfe für die Brüningsregierung! Wo! Der sozialdemokratische Pressechef hat im Rundfunk bekanntgegeben, daß das heute so der Brauch ist, und daß das Verwaltungsrecht der Stadt Berlin dadurch nicht angestastet wird, daß es außer Kraft tritt. Und dem Mann hat in der Tat Recht. Dieser Pfänder von demokratischem Schein hatte nie einen praktischen Wert. Ob der vor der Bühne des Theaters hängt, oder auf dem demokratischen Misthaufen liegt, ist Jacke wie Hose. Der ist nur dazu da, damit die Proleten bei Wahlen sich die Schädel gegenseitig auf einhauen. Das haben sie immer redlich getan. Aus!

Dieser Staats- und Sparkommiss tritt sein Amt just in dem Augenblick an, wo die Arbeitslosenwelt offiziell die Zahl 3,5 Millionen anzeigt. Wir brauchen nicht zu erläutern, daß hinter diesen 3,5 Millionen mindestens die doppelte Zahl unregistrierter und Angehöriger der Registrierten stehen, die mit den „Hauptunterstützungsempfängern“ hungern und verhungern. Demen soll der Sparkommiss ein bisschen rascher das Gas abdrücken. Wohlerstanden; die SPD, und Gewerkschaften haben den Mann nicht gerufen. Das hat Severing gemacht, und er erfüllt seine Pflicht als Minister, wie Sinzheimer seiner Pflicht als Schlichter erfüllte. Sinzheimer konnte man — um dem Pöbel einen Sündenbock zu opfern — im Einverständnis mit dem Sündenbock in die Wüste jagen. Was fragt ein Kerl wie Sinzheimer nach dem „Geschrei von der Straße“. Bei Severing kann man das nicht. Der Mann ist der rechte Arm der Preußenregierung, und diese ist wieder gezwungen, selbst zu „notverordnen“, weil sonst Brünning das tut. Und die Brünings-Regierung ist doch auch nur ein „kleines“ Uebel, ein viel größeres lanert im Hintergrunde! Ein viel größeres!

Diese Verhöhnung der niedergetrampelten Lohnklassen von Seiten „ihrer“ Organisationen wird nämlich gar nicht mehr anerkannt. Den kapitalistischen Blutsaugern droht ihr eigener Schlamassel über den Kopf zu wachsen. Auf die „Unterstützung“ der Sozialdemokratie haben diese Herrschaften ja schon immer gepfiffen, weil sie wissen, daß die Bonzokratie vor dem Proletariat eine

solche Heidenangst hat, daß sie in Zeiten der Krise noch fanatischer ihren Futtertrog — diesen Staat — verteidigen wie die Kapitalisten selbst. Aber sie wollen auch den mehr mitmachen, wollen ihre Pläne nicht gehemmt sehen durch das sozialdemokratische Geschwätz. Die Hitlerleute drängen in die Demokratie, und wozu also noch diese

## Erschießen! Erschießen!

Unter dieser Schlagzeile veröffentlicht die „Rote Fahne“ Briefe aus ihrem Leserkreis, in denen zu dem jetzt in Moskau laufenden Prozeß gegen die „Industriepartei“ Stellung genommen wird. Seit Beginn des Fünfjahresplanes werden von der GPU, Verschwörungen von Spezialisten gegen den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetregierung entdeckt. Es ist nun charakteristisch, daß diese Entdeckungen regelmäßig dann erfolgen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einer starken Verbitterung der Bevölkerung gegen das Regime der russischen Bürokratie geführt haben. Der erste Prozeß fand im Jahre 1928, der sog. Schachtzyprozeß statt, in dem der Nachweis erbracht werden sollte, daß das deutsche Kapital in Verbindung mit russischen Ingenieuren bewußt eine Desorganisation der russischen Wirtschaft, insbesondere des industriellen Aufbaus durchgeführt hatte. Im Anschluß an diesen Prozeß sollte dann eine ungeheure Propaganda für die stärkere Aktivierung des Fünfjahresplanes ein. Das Hauptgewicht wurde auf die Kollektivierung der Landwirtschaft gelegt und dafür besonders die russische rev. Jugend eingesetzt. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein katastrophaler Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Gerade die besonders stark propagierte Erleichterung von staatlichen Getreidefabriken erwies sich als ein vollkommenes Fehlkalkulation. Die Abbringung auf Getreide

ließ weit hinter den Erwartungen zurück. Dies wurde offiziell schuldig begründet. Es kam noch weiter hinzu, daß der jahrelang betriebene Raubbau und die mangelnde Erneuerung zu einem völligen Chaos des Transportwesens führten. Es wurde von uns schon immer betont, daß der bisherige Aufbau der russischen Industrie und des Transportwesens im wesentlichen auf der Instandsetzung der vor dem Kriege vorhandenen Produktionsmittel beruhte und daß die Katastrophe dann eintreten würde, wenn diese Produktionsmittel vollkommen abgenutzt sind. Dies ist nun augenblicklich der Fall. Aus diesem Grunde müßte wieder einmal nachgewiesen werden, daß nicht etwa die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung und ihr mangelnde Einsicht in die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch schuld sei, sondern daß hier wiederum eine Verschönerung der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen hat.

Diese Version müßte uns so mehr aufrecht erhalten werden, als von der russischen Regierung sowohl im In- als auch im Ausland immer wieder betont wurde, daß Rußland das einzige Land der Welt sei, welches nicht von der Weltwirtschaftskrise berührt wird. Gerade damit sollte bewiesen werden, daß die russische Wirtschaft vollkommen unabhängig von der in der übrigen Welt bestehenden kapitalistischen Wirtschaft sei. Die Propaganda dieser Auffassung war auch zum Nachweis der Theorie von der Möglichkeit der Aufrichtung des Sozialismus in einem Lande notwendig. In Wirklichkeit hat aber die Weltwirtschaftskrise in ganz außerordentlichem Maße das Wirtschaftsprogramm der russischen Regierung berührt. Es ist dies auch ganz selbstverständlich, wenn man davon ausgeht, daß der Aufbau der russischen Wirtschaft im wesentlichen auf der Einfuhr von ausländischen Maschinen und Produktionsmitteln beruhte. Der Fünfjahresplan sah ja gerade eine fortwährende Steigerung der Ausfuhr und der Einfuhr vor. Während die Industrieproduktion nach den offiziellen Angaben Stalins im Jahre 1927-28 122 Proz., im Jahre 1928-29 142,5 Proz. und im Jahre 1929-30 (vorläufig) 180 Proz. der Vorkriegserzeugung erreicht hat, betrug der Gesamtumsatz des Außenhandels (Einfuhr plus Ausfuhr Rußlands 1926-27) 47,9 Proz., 1927-28 58,6 Proz., 1928-29 67,9 Proz. und 1929-30 (vorläufig) etwa 80 Proz. des Vorkriegsstandes. Dieses Miß-

Verhältnis löst sich in Nebel auf. Der offene Zusammenstoß der Klassen ist unvermeidbar. Die Vorbereitung der proletarischen Gegenoffensive, gegen den Kapitalismus mit seinen Demokraten und Pfaffen und Schwärzern wird zur zwingenden Aufgabe. Das kann nur der Aufmarsch der Klasse sein, ohne „Berufsinteressen“, ohne Illusionen, ohne Wiederholung der alten Fehler in neuer Gestalt. Ohne neue parlamentarische und gewerkschaftliche Organisationsmanöver. Der Aufmarsch der Betriebe mit dem Willen: Einheit der Klasse, Streik, Autstand, Diktatur des Proletariats durch die proletarischen Räte aus den Betrieben und Schächten!

Unter dieser Schlagzeile veröffentlicht die „Rote Fahne“ Briefe aus ihrem Leserkreis, in denen zu dem jetzt in Moskau laufenden Prozeß gegen die „Industriepartei“ Stellung genommen wird. Seit Beginn des Fünfjahresplanes werden von der GPU, Verschwörungen von Spezialisten gegen den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetregierung entdeckt. Es ist nun charakteristisch, daß diese Entdeckungen regelmäßig dann erfolgen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einer starken Verbitterung der Bevölkerung gegen das Regime der russischen Bürokratie geführt haben. Der erste Prozeß fand im Jahre 1928, der sog. Schachtzyprozeß statt, in dem der Nachweis erbracht werden sollte, daß das deutsche Kapital in Verbindung mit russischen Ingenieuren bewußt eine Desorganisation der russischen Wirtschaft, insbesondere des industriellen Aufbaus durchgeführt hatte. Im Anschluß an diesen Prozeß sollte dann eine ungeheure Propaganda für die stärkere Aktivierung des Fünfjahresplanes ein. Das Hauptgewicht wurde auf die Kollektivierung der Landwirtschaft gelegt und dafür besonders die russische rev. Jugend eingesetzt. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein katastrophaler Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Gerade die besonders stark propagierte Erleichterung von staatlichen Getreidefabriken erwies sich als ein vollkommenes Fehlkalkulation. Die Abbringung auf Getreide

ließ weit hinter den Erwartungen zurück. Dies wurde offiziell schuldig begründet. Es kam noch weiter hinzu, daß der jahrelang betriebene Raubbau und die mangelnde Erneuerung zu einem völligen Chaos des Transportwesens führten. Es wurde von uns schon immer betont, daß der bisherige Aufbau der russischen Industrie und des Transportwesens im wesentlichen auf der Instandsetzung der vor dem Kriege vorhandenen Produktionsmittel beruhte und daß die Katastrophe dann eintreten würde, wenn diese Produktionsmittel vollkommen abgenutzt sind. Dies ist nun augenblicklich der Fall. Aus diesem Grunde müßte wieder einmal nachgewiesen werden, daß nicht etwa die Wirtschaftspolitik der russischen Regierung und ihr mangelnde Einsicht in die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch schuld sei, sondern daß hier wiederum eine Verschönerung der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen hat.



